

# Der grüne Mammut-Räuber

geschrieben von Chris Frey | 9. September 2025

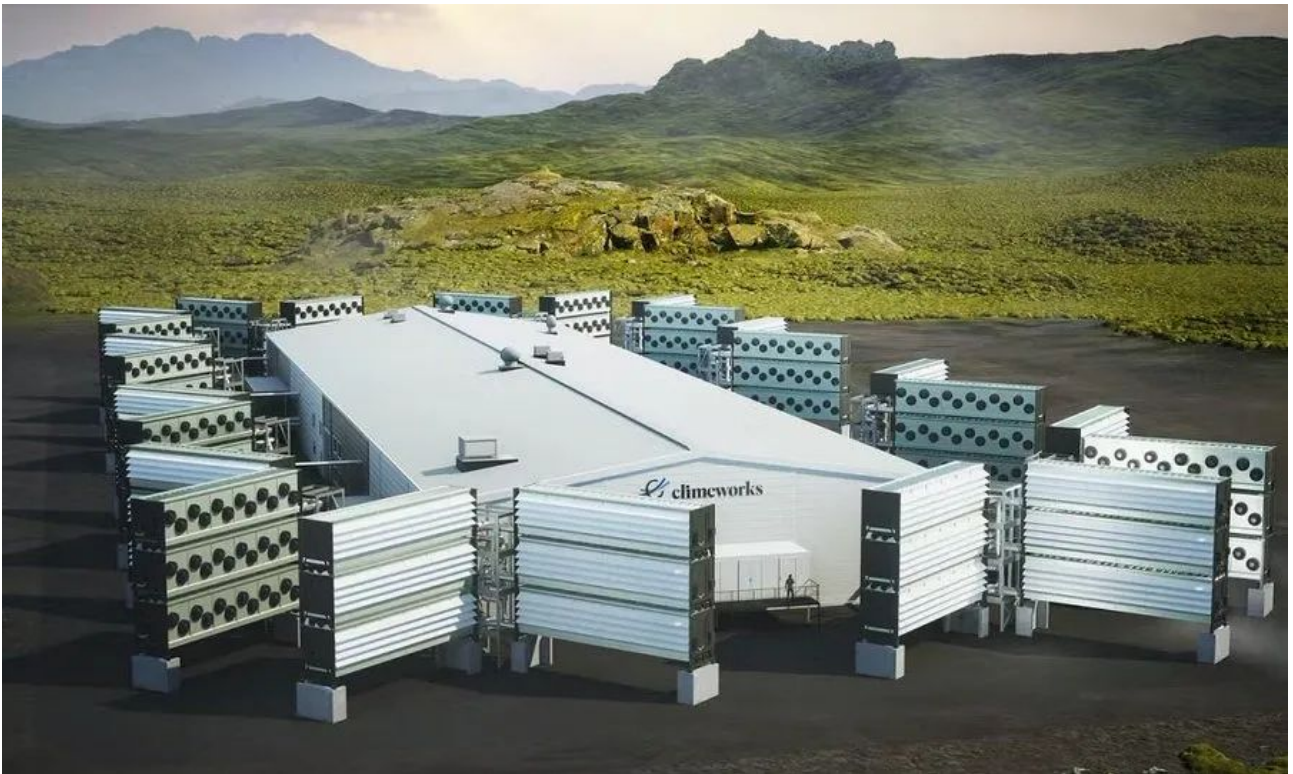
## Cap Allon

[Original-Titel: „The Green Mammoth Grift“]

Im Jahr 2024 konnte das Flaggschiff von Climeworks, die „Mammut“-Luftabscheideanlage in Island, insgesamt 105 Tonnen CO<sub>2</sub> abscheiden. Das ist weniger als die jährlichen Emissionen von einem Dutzend 18-Rad-Fahrzeugen – und 1.000 Mal weniger als das erklärte Ziel des Unternehmens. Preisschild für diese Scharade: über 100 Millionen Dollar.

Climeworks als Ganzes hat inzwischen mehr als 1 Milliarde Dollar von Investoren eingesammelt und profitiert von der Kohlenstoff-Panik. Das ist es, was man mit diesem Geld kaufen kann: eine Maschine, die kolossale Mengen an Energie verbraucht und gleichzeitig einen statistischen Rundungsfehler bei den „Einsparungen“ aufweist.





Für jede Tonne CO<sub>2</sub>, die entfernt wird, verschlingt Mammoth 5.000-6.000 kWh Strom – Energie, die bei konventioneller Erzeugung fünf- bis zehnmal mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen würde, als die Anlage einfängt. Selbst in Island, wo Geothermie und Wasserkraft dominieren, ist dieser Strom nicht kostenlos. Er wird den Haushalten und der Industrie gestohlen und kannibalisiert den realen Energiebedarf, um eine Phantasiemaschine zu füttern.

Für die Gewinnung von 1.000 Tonnen werden 5-6 Millionen kWh benötigt. Um Islands 12,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2024 zu kompensieren, würde Mammoth 72 Terawattstunden benötigen – fast das Vierfache der gesamten Jahresproduktion des Landes von 20 TWh.

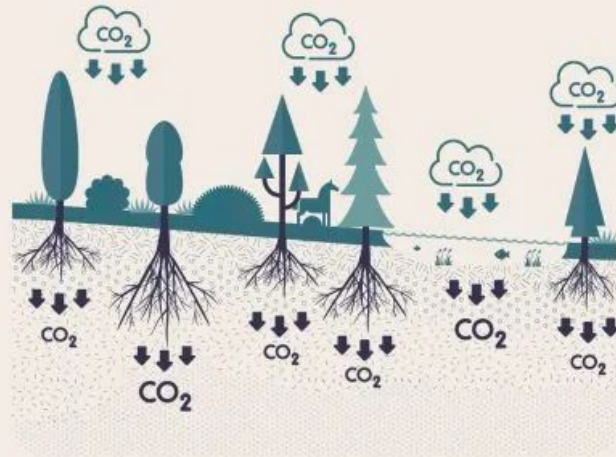
Politiker und Medien nennen das „Fortschritt“. In Wirklichkeit handelt es sich um Verschwendung im industriellen Maßstab, eine Science-Fiction-Spielerei. Die Abscheidung von Kohlendioxid löst die Emissionen nicht – sie erzeugt sie, verbrennt Ressourcen und treibt die Ausgaben in die Höhe, um den Mythos der grünen Technologien am Leben zu erhalten.

Das einzige, was Climeworks zuverlässig einfängt, ist Geld.

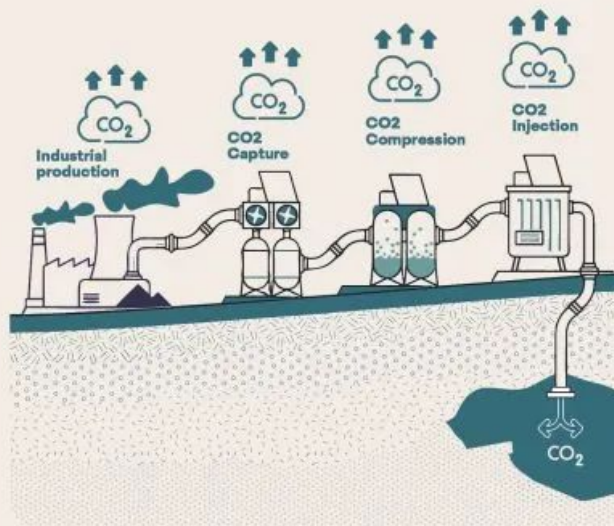
## THIS IS A CARBON CAPTURE & STORAGE PLANT

Rewilding and ecosystem protection can significantly enhance natural carbon capture, with restored wildlife populations potentially capturing an additional 6.41 billion tons of CO<sub>2</sub> annually. Embracing this approach positions wildlife as vital allies in climate mitigation.

Sources: Environmental Policy Institute (EPI), "DOE Assessment Reveals Major Flaws in Project Tundra Carbon Capture Proposal" September 23, 2023.



## THIS IS A PSYCHOPATHIC DELUSION



Carbon capture and storage emit more than they reduce - The life cycle analysis determined that there is an expected 3.23 kg of CO<sub>2</sub>e emitted per kg of CO<sub>2</sub> stored

Carbon Capture and Storage (CCS) faces significant challenges: it's expensive, energy-intensive, and doesn't address the root cause of carbon emissions. Moreover, safe and permanent storage remains uncertain, and large-scale deployment could detract from more sustainable solutions

Sources: Schmidt, O. J. et al. (2023). Trophic rewilding can expand natural climate solutions. *Nature Climate Change*, 13, 324-333

Der weitere „grüne“ Ausbau ist nicht anders, und zwar in allen Bereichen.

Der Bau eines einzigen 100-MW-Windparks erfordert 30.000 Tonnen Eisenerz, 50.000 Tonnen Beton und 900 Tonnen nicht wiederverwertbare Kunststoffe. Bei der Solarenergie ist die Menge an Zement, Stahl und Glas 150 % höher als bei der Windenergie, und das bei gleicher Leistung.



Hier geht es nicht um die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und schon gar nicht um die Rettung des Planeten, sondern um Profitmacherei. Die Global Warming Policy Foundation hat die wahre Belastung für die Steuerzahler errechnet: 2,3 Millionen Dollar pro Arbeitsplatz und Jahr zur Finanzierung von Subventionen für „grüne Energie“ in den USA. **Investoren und Unternehmen kassieren Milliarden, während die Öffentlichkeit die Rechnung bezahlt.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Link:

[https://electroverse.substack.com/p/australia-turns-blue-records-continue?utm\\_campaign=email-post&r=32010n&utm\\_source=substack&utm\\_medium=email](https://electroverse.substack.com/p/australia-turns-blue-records-continue?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email)  
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## Offshore-Windkraft: Eine Branche im Niedergang

geschrieben von Admin | 9. September 2025

**Geplatzte Auktionen, verschobene Baustarts, gestoppte Investitionen: Von der Windenergie auf dem Meer gibt es derzeit fast nur schlechte Meldungen. Es besteht kaum Hoffnung, dass sich daran viel ändert. Ohne Offshore-Windkraft aber steht die Energiewende vor dem Aus.**

***Von Peter Panther***

Die Pläne Europa, was den Ausbau der Offshore-Windkraft angeht, sind atemberaubend. Bis 2030 soll alleine in der Nordsee eine Nennleistung von 120 Gigawatt installiert sein. Bis 2050 sollen es sogar 300 Gigawatt sein, das entspricht der Leistung von 300 grossen Atomkraftwerken. Heute sind allerdings erst 30 Gigawatt aufgestellt. Deutschland will dabei die Windkraft in seinen Gewässern bis 2030 auf 30 Gigawatt und bis 2045 auf 70 Gigawatt ausbauen. Verglichen mit den heute vorhandenen 9,2 Gigawatt klafft eine riesige Lücke.

Die hochtrabenden Pläne kommen nicht von ungefähr: Offshore-Windkraft ist für das Gelingen der sogenannten Energiewende existenziell. Anlagen auf dem Meer liefern im Vergleich zu ihren Pendanten an Land wenigstens einigermaßen zuverlässig Strom. Für die Versorgung im Winter, wenn die Photovoltaik weitgehend ausfällt, ist sie unentbehrlich. Zudem lassen

sich Offshore-Windparks mangels Anwohner leichter verwirklichen: Opposition dagegen gibt es meist nur wenig. Ohne Windenergie auf dem Meer ist die Umstellung der Stromversorgung auf sogenannt erneuerbare Quellen schlicht unmöglich.

Doch wer die Schlagzeilen der letzten ein bis zwei Jahre verfolgt hat, merkt: Da läuft gerade ziemlich viel schief mit der Offshore-Windkraft. Das jüngste Beispiel ist die gescheiterte Auktion für zwei Windpark-Gebiete in der Nordsee Anfang August: Es ging erstmals in der Geschichte Deutschlands kein einziges Angebot von Investoren ein.

## **Kenner der Branche sind nicht überrascht**

Bereits im Juni diesen Jahres war eine deutsche Ausschreibung beinahe gescheitert: Es meldeten sich gerade einmal zwei Bieter. Karina Würtz, Chefin der Stiftung Offshore-Windenergie, warnte damals vor einem Scheitern der deutschen Ausbauziele. Sie blickte wohl auch auf Dänemark. Denn dort war bereits im Dezember 2024 eine Auktion ergebnislos verlaufen. Es handelte sich mit rund drei Gigawatt um die bislang grösste Offshore-Ausschreibung in der Geschichte des Landes. Doch niemand wollte in Dänemark mehr investieren.

Kenner der Branche sind alles andere als überrascht über das mangelnde Interesse. Denn in den letzten ein bis zwei Jahren sind die Kosten für den Bau und Betrieb von Windrädern auf dem Meer um bis zu 60 Prozent gestiegen. Zum einen sind dafür hohe Zinsen verantwortlich, zum anderen verteuerte Rohmaterialien wie Stahl und Kupfer sowie stark gestiegene Arbeitskosten.

Um angesichts dieser Kostenexplosion noch gewinnbringend Offshore-Windparks bauen zu können, müssten die Staaten fette Subventionen in Aussicht stellen. Einige Jahre lang war das anders, da konnten Windparks auf dem Meer auch ohne öffentliche Beihilfen realisiert werden. Doch die goldenen Zeiten, die für eine relativ kurze Zeit herrschten, sind vorüber. Aber bei vielen Ausschreibungen sind die neuesten Entwicklungen noch nicht berücksichtigt – mit dem Resultat, dass die Bedingungen so unattraktiv sind, dass kaum mehr ein Investor ein Angebot macht.

## **Schlechte Meldungen aus Grossbritannien, Belgien, Niederlande, etc.**

Es ist gut möglich, dass die staatlichen Regulatoren bald nachziehen, die Bedingungen ihrer Auktionen anpassen und die notwendigen Subventionen in Aussicht stellen. Dass sich damit aber die tiefe Krise, in der die Offshore-Windbranche steckt, überwinden lässt, ist zu bezweifeln. Denn auch sonst trafen in letzter Zeit fast nur schlechte Nachrichten aus diesem Energiebereich ein.

Bereits im Sommer 2023 stoppte der schwedische Energiekonzern Vattenfall

die Planung des Windparks Norfolk Boreas vor der Küste Englands. Im letzten Mai stellte der Windkraft-Erbauer Ørsted auch die Entwicklung des riesigen Windparks Hornsea 4 (2,4 Gigawatt) in Grossbritannien vorläufig ein.

In den Niederlanden wurde im November das Ausschreibungsverfahren für den Windpark Nederwiek IB (als Teil eines grösseren Projekts) zurückgestellt. In Belgien kostet die Fertigstellung des Windpark-Projekts «Princess Elisabeth» statt 2,2 nun sieben Milliarden Euro. Entsprechend wurden die Arbeiten im Januar 2025 gestoppt. Man rechnet nun damit, dass sich die Inbetriebnahme um mindestens drei Jahre verzögert. Auch in Frankreich, das nur vergleichsweise bescheidene Offshore-Pläne hat, hapert es: Im letzten Juli gab der französische Energiekonzern EDF bekannt, dass der Windpark Calvados im Rahmen des Normandie-Projekts erst 2027 statt schon dieses Jahr ans Netz geht.

Vor allem in Deutschland gibt es neben den erwähnten Kostensteigerungen eine Reihe weiterer ungünstiger Entwicklung, die das Geschäft mit der Offshore-Windenergie vermiesen: Zum einen sind bei Fertigstellung der Windräder die Netzanschlüsse oftmals nicht bereit. So kann etwa der Windpark Borkum Riffgrund 3 deswegen erst im ersten Quartal 2026 statt wie beabsichtigt schon Ende 2025 Strom liefern.

## **«Windklau» als zusätzliches Problem**

Zum anderen kannibalisiert sich die Energiewende selber: Weil es wegen den Millionen von Photovoltaik-Anlagen und Zehntausenden von Windrädern immer häufiger Phasen mit negativen Strompreisen am Markt gibt, können sich Betreiber zusätzlicher Windanlagen auf dem Meer nicht sicher sein, ob sie mit ihrer Elektrizität auch kostendeckende Erlöse erzielen können.

Dazu kommt ein Problem, dass sich insbesondere in der Nordsee immer häufiger zeigt: Viele Anlagen stehen viel zu dicht beieinander, sodass sie sich gegenseitig den Wind wegnehmen. Entsprechend müssen die Betreiber von Windparks ihre Ertragserwartungen gegen unten korrigieren. Eben erst machte deswegen ein Streit Schlagzeilen: Die Niederlande werfen Belgien vor, mit ihren Anlagen in der Nordsee «Winddiebstahl» zu begehen und den eigenen Rädern den Wind wegzunehmen.

Aus ganz anderen Gründen ist auch die schwedische Offshore-Windkraft in grossen Problemen: Im letzten November hat die Regierung des Landes 13 von 14 geplanten Projekten in der Ostsee gestoppt. Die schwedische Armee hatte beanstandet, dass Offshore-Windanlagen die Überwachung mittels Radar und Unterwassersensoren stören könne – was die Regierung mit Blick auf mögliche militärische Konflikte mit Russland als nicht hinnehmbar erachtete.

Die erwähnten schlechten Meldungen sind wohlverstanden keine Einzelfälle. Denn die offizielle Statistik spricht eine klare Sprache:

Während 2023 EU-weit noch drei Gigawatt an neuer Offshore-Windkraftleistung installiert worden waren, kam man 2024 mit 1,4 Gigawatt gerade noch auf knapp die Hälfte.

## Weiterer Sargnagel für die deutsche Energiepolitik

Alles spricht dafür, dass die zeitweilig schönen Zeiten in der Offshore-Windbranche vorüber sind. Denn die Margen in diesem Geschäft fallen immer tiefer. Windräder auf dem Meer zu bauen, war schon immer ein Nischengeschäft. Jetzt wird diese Nische noch enger. Damit wird auch klar, dass die hochtrabenden europäischen Pläne wohl Makulatur sind. Die gigantischen Ausbauziele entsprangen Fantasievorstellungen.

Während Fachleute den britischen Planern noch ausreichend Realitätssinn zugestehen, sehen sie insbesondere für Deutschland schwarz: Denn hier orientiert man sich in Sachen Stromversorgung schon seit längerem nicht mehr an physikalischen und ökonomischen Fakten. Die Schwierigkeiten der Offshore-Branche sind nur ein weiterer Sargnagel für die deutsche Energiepolitik.

---

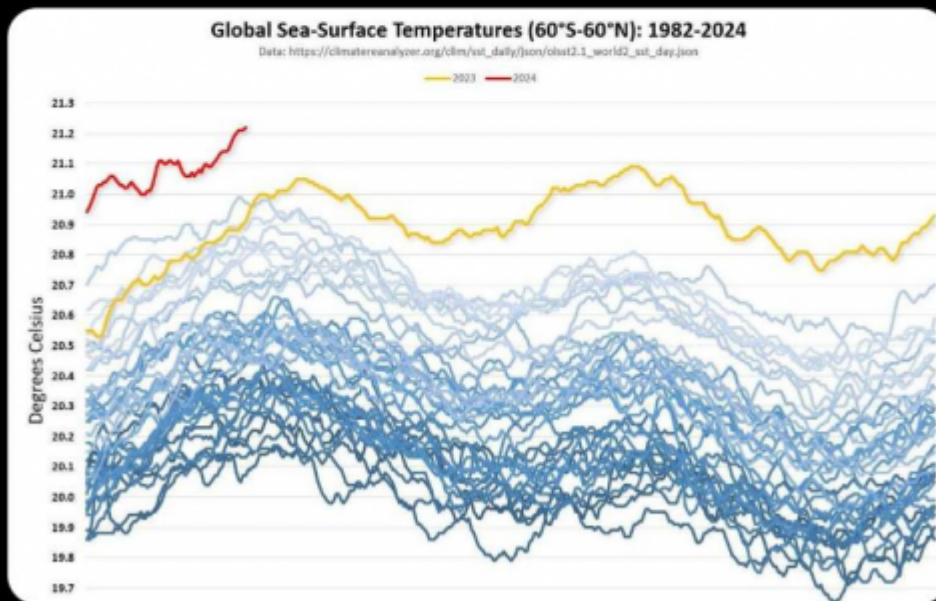
## Ein aufschlussreiches Beispiel von Klima-Propaganda

geschrieben von Chris Frey | 9. September 2025

[Joe Bastardi](#)

Hier folgt ist ein Beispiel für die Art von Propaganda, die früher anderen Themen vorbehalten war. Da nun aber eine Gruppe von Menschen das Klima als ein solches Thema betrachtet, werden sie Gleiches tun.

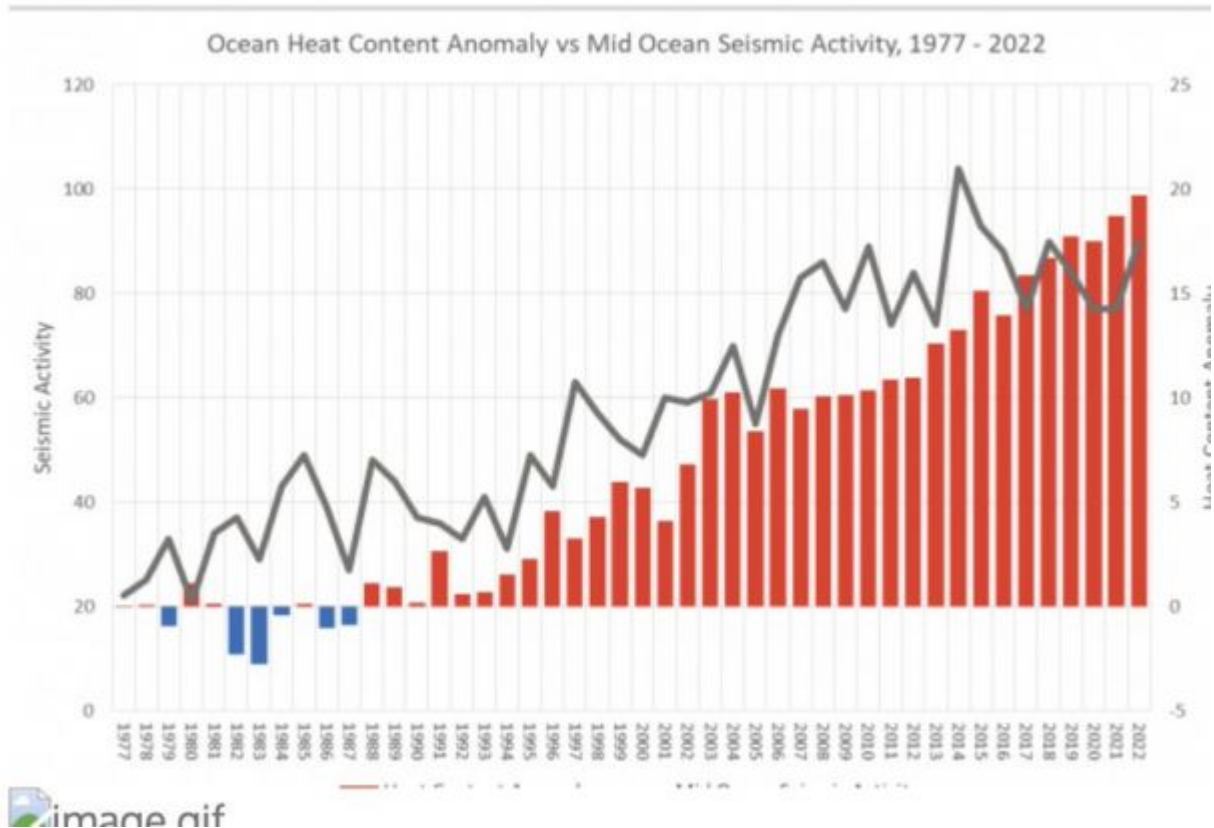
**STUDY: Global Warming is accelerating.**  
Sea surface temperature increase over the past 40 years will likely be exceeded within the next 20 years. No, this is not volcanoes or sun cycles. This is being caused by humans. [iopscience.iop.org/article/10.108...](https://iopscience.iop.org/article/10.108...)



Die Strategie besteht natürlich darin, etwas zu sagen, das zwar wahr ist, aber dann den Rest des Bildes wegzulassen. Natürlich wendet sich die Grafik gegen Vulkane und die Sonne, die beide für natürliche Klimaschwankungen bekannt sind. 2 Aber bedenken Sie Folgendes: Die Wärme-Akkumulation im Ozean aufgrund der erhöhten Sonneneinstrahlung und (bitte sehen Sie mir das nach) einiger Gedanken zur Geothermie erklären recht gut die über Jahre hinweg erfolgte Anreicherung von Wärme im Ozean.

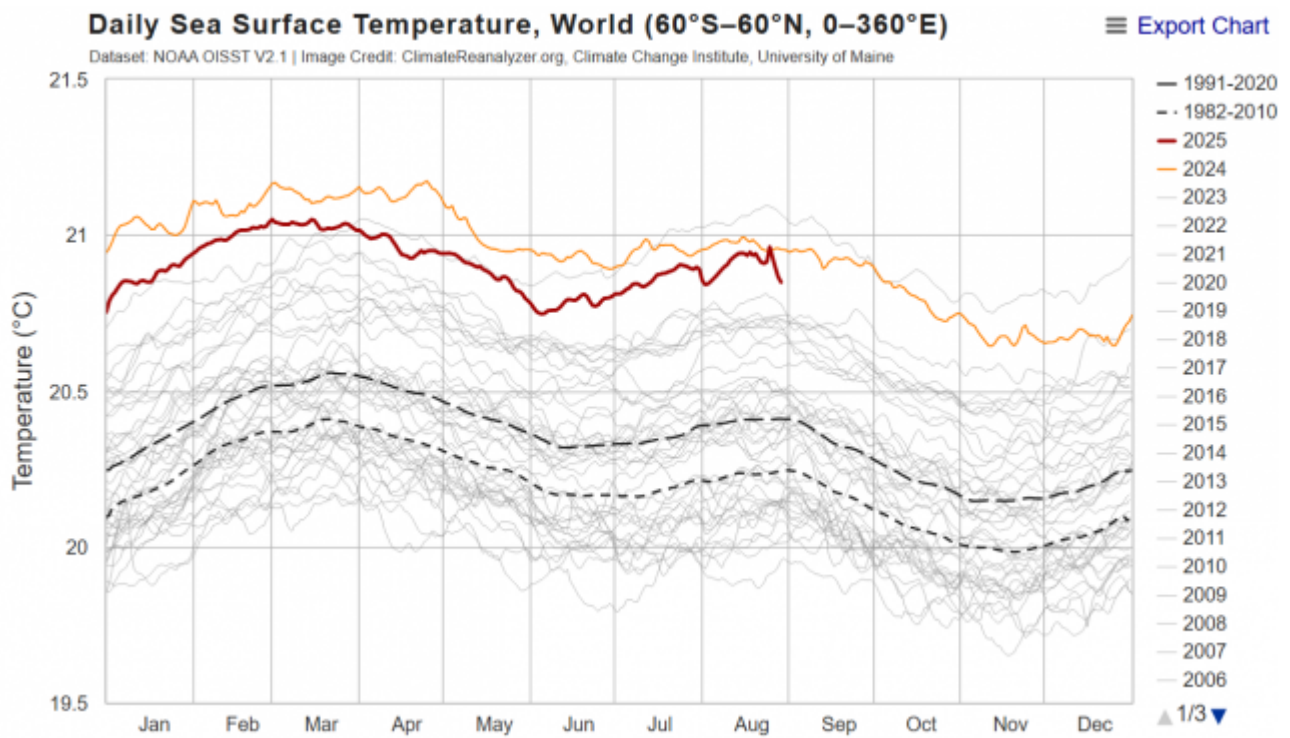


ocean.



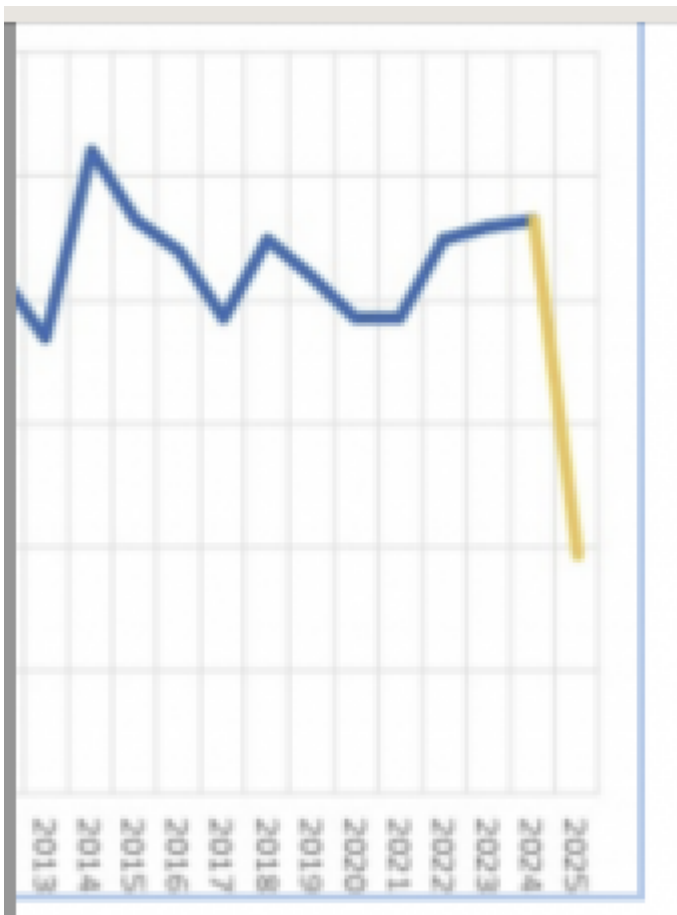
Der plötzliche Anstieg durch Tonga und El Niño hat sicherlich dazu beigetragen. Man kann weder den sprunghaften Anstieg durch vom Menschen verursachte Ursachen erklären, noch den deutlichen Rückgang, der eingesetzt hat, so dass natürliche Ursachen sicherlich einen Großteil der Anreicherung erklären.

Aber so funktioniert die Propaganda. Der Verfasser des Schreibens verschweigt den Rückgang im Jahr 2025:

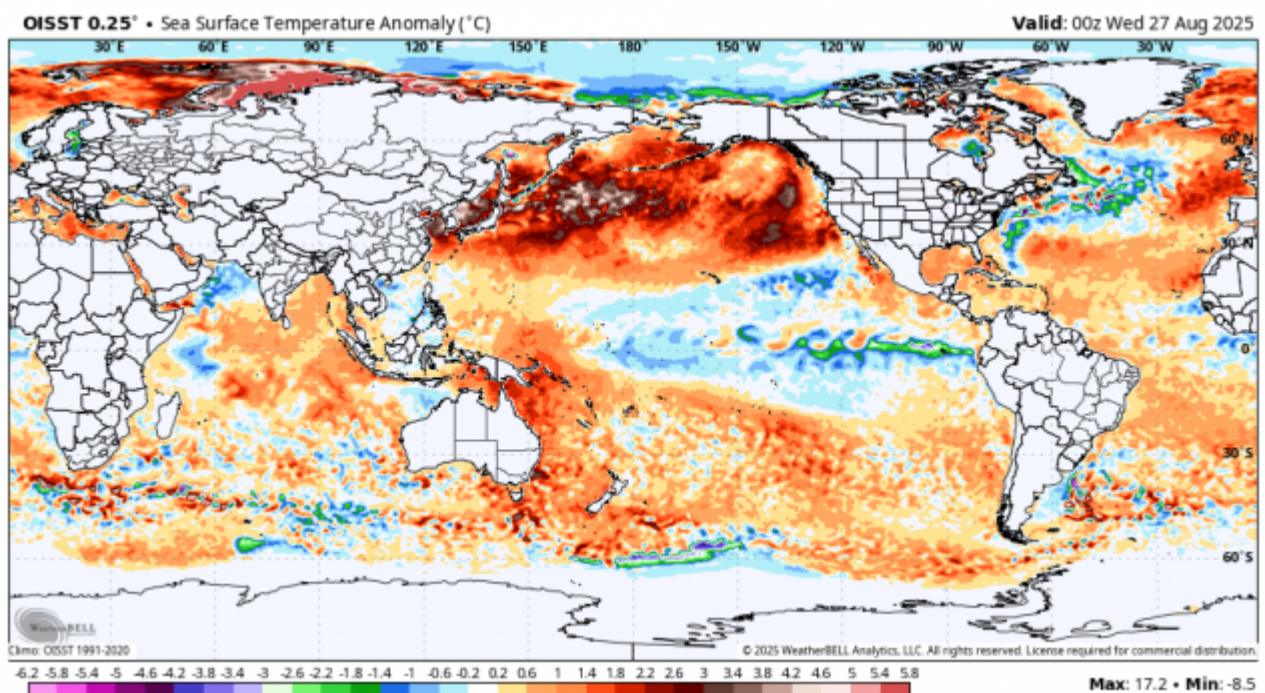


(Eine weitere beliebte Idee ist es, lautstark zu verkünden, dass Grönland-Eis ins Meer stürzt, wenn es zufällig eine Saison gibt, in der mehr als normal schmilzt, aber alle anderen Jahre zu ignorieren, in denen es überdurchschnittlich viel Schnee und Eis gab.)

Der Befürworter versäumt es auch nicht, den Rückgang der MOSZA zu erwähnen, und der Temperatur-Rückgang scheint damit in Zusammenhang zu stehen:



Der Befürworter kann auch nicht die Rekordwärme im Nordpazifik oder die Abkühlung im Nordwestatlantik erklären, die zusammen zu dem größten jemals gemessenen Unterschied zwischen der Wärme im Pazifik und der Abkühlung im Nordwestatlantik bei 40° nördlicher Breite führen:



Ich frage mich, was die Ursache für die Wärme im Pazifikbecken sein

könnte.



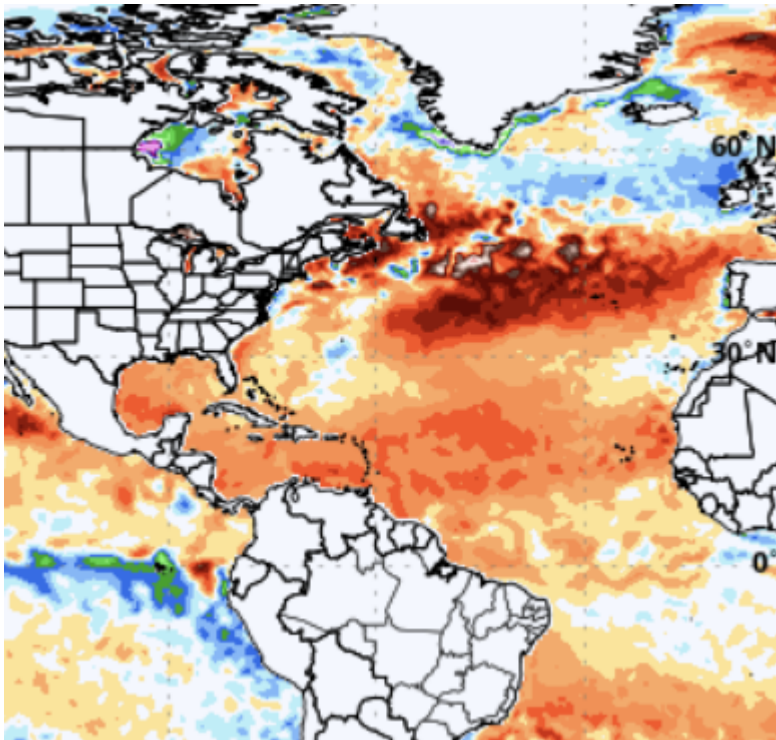
Das muss ein Zufall sein.

Oder gibt es eine magische CO<sub>2</sub>-Fee, die Wärme spendet, wo immer sie will?

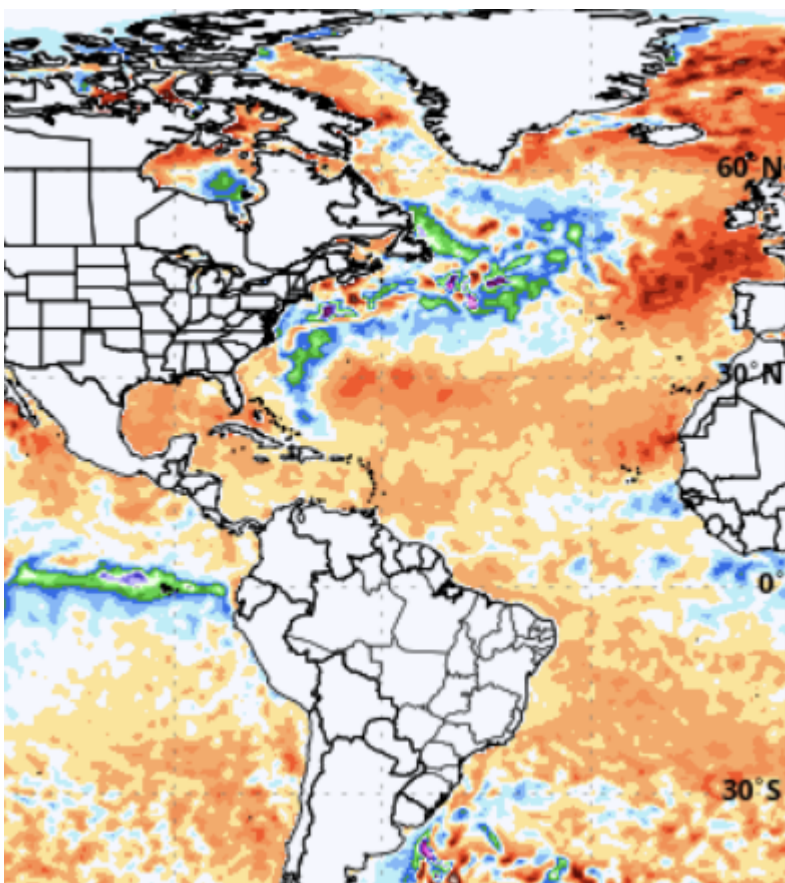
Übrigens bedeutet der Rückgang der Zufuhr im Atlantik, obwohl es dort immer noch warm ist, dass es dort deutlich kühler geworden ist.

Letztes Jahr um diese Zeit:



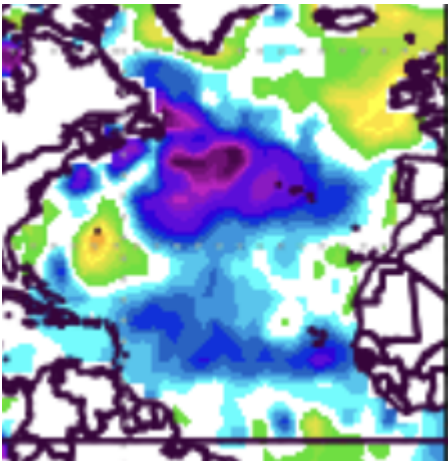


Gegenwärtig:



Das ist ein ziemlich beeindruckender Rückgang.





Nun könnte man sagen, ich spreche nur über die gegenteiligen Vorstellungen zur vom Menschen verursachten Erwärmung. Das liegt daran, dass man taub oder blind sein muss, um ihre Vorstellung nicht zu kennen. Wir werden ständig damit bombardiert, daher gehe ich davon aus, dass der Leser die andere Seite kennt, weil man gar nicht anders kann, als sie zu kennen. Man hört nur davon. Betrachten Sie diese „Studie“ als Beispiel dafür, wie das funktioniert. Sie wird mit großem Tamtam veröffentlicht und enthält keine konkurrierenden Gedanken, die sie in Frage stellen, obwohl die Überschrift selbst genau diese Gegenargumente angreift.

Und das aus gutem Grund. Konkurrierende Gedanken würden zu rationalen Zweifeln führen. Und das ist nicht die Aufgabe von Propaganda. Die einzige Lösung besteht darin, zumindest andere Gedanken zu präsentieren und DIR die Freiheit zu geben, eine Entscheidung zu treffen.

Letztendlich gilt immer noch die Gleichung, die ich vor 20 Jahren aufgestellt habe, als ich begann, mich mit diesem Thema zu beschäftigen:

Die Sonne, die Ozeane, stochastische Ereignisse und die Beschaffenheit des Systems selbst überwiegen bei weitem alles, was der Mensch in Bezug auf Klima und Wetter bewirken kann.

Und genau das muss Menschen, die glauben, sie könnten das Wetter, das Klima und das Schicksal der Menschheit kontrollieren, wirklich wütend machen.

Link:

<https://www.cfact.org/2025/09/03/an-interesting-example-of-climate-propaganda/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

# Das Ende des europäischen Wohlfahrtsstaates: Netto-Null, Verschuldung und Niedergang

geschrieben von Chris Frey | 9. September 2025

**Tilak Doshi, Clintel Foundation**

In seiner jüngsten Analyse argumentiert Tilak Doshi, dass die zunehmende finanzielle Belastung durch Netto-Null-Politik, die explodierende Staatsverschuldung und die steigenden Sozialkosten das europäische Sozialschutzmodell in Richtung Zusammenbruch treiben – was dringende Fragen hinsichtlich seiner Tragfähigkeit aufwirft.

Eine Flut von Schlagzeilen in der vergangenen Woche zeichnet ein düsteres Bild von den führenden Volkswirtschaften Europas und UK. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz [warnte](#) am vergangenen Wochenende, dass der deutsche Sozialstaat „finanziell nicht mehr tragbar“ sei. Der Kanzler forderte eine grundlegende Neubewertung des Sozialleistungssystems, da die Ausgaben weiterhin über den Rekordwert des Vorjahres von 40 Milliarden Pfund steigen.

Am gleichen Wochenende wurde die britische Finanzministerin Rachel Reeves von führenden Ökonomen [aufgefordert](#), die öffentlichen Ausgaben drastisch zu kürzen, um zu vermeiden, dass Großbritannien eine Rettungsaktion des Internationalen Währungsfonds im Stil der 1970er Jahre benötigt. Die Finanzministerin wurde gewarnt, dass ihre drohenden Steuererhöhungen eine Rückkehr zu hohen Kreditkosten riskieren, die eine frühere Labour-Regierung dazu zwangen, mit der Bettelschale zum IWF zu gehen.

Am Dienstag [warnte](#) der französische Finanzminister Eric Lombard, dass Frankreich möglicherweise Hilfe vom IWF benötigen könnte, wenn die Wirtschaftskrise mit hoher Verschuldung, Haushaltsdefiziten und Kreditkosten nicht unter Kontrolle gebracht werden könne. „Ich kann Ihnen nicht versichern, dass das Risiko einer Intervention des IWF nicht besteht“, sagte er in einem Interview im französischen Radio. Die [Angst](#) vor einer neuen politischen Krise breitete sich in Frankreich aus, da die Minderheitsregierung von Premierminister Francois Bayrou wahrscheinlich nächste Woche in einer Vertrauensabstimmung gestürzt werden würde.

## Schulden, Kreditkosten und politisches Chaos

[Frankreich](#), dessen Staatsverschuldung mittlerweile 2,8 Billionen Euro (etwa 112 % des BIP) übersteigt und dessen Haushaltsdefizit bei über 6 % des BIP liegt, steht am Rande eines finanziellen Abgrunds. Premierminister François Bayrou steht nächste Woche vor einer fast

sicheren [Niederlage](#) bei einer Vertrauensabstimmung über einen Haushalt, der die ausufernden Ausgaben kaum ansatzweise eindämmt. Investoren flüchten, der CAC-40-Index sinkt und französische Banken – vollgestopft mit Staatsanleihen – werden von Hedgefonds, die auf einen Staatsbankrott setzen, massiv leer gekauft.

Deutschland, einst Europas Industriemotor, ist nach zwei Jahren wirtschaftlicher Schrumpfung nun Europas kränkelnder Mann. Die Sozialausgaben sind auf über 47 Milliarden Euro jährlich explodiert. Das Land steht vor einem [Haushaltsloch](#) von 172 Milliarden Euro, während seine industrielle Basis – insbesondere in energieintensiven Sektoren wie Chemie und Stahl – unter der Last exorbitanter Strompreise zusammenbricht, verursacht durch die Klimapolitik.

Uk ergeht es [nicht besser](#). Mit einer Schuldenquote von 96 % – einer der höchsten in den Industrieländern – sieht es nun, ein halbes Jahrhundert nachdem die Labour-Regierung Großbritannien 1976 zum letzten Mal in die Knie gezwungen hatte, der demütigenden Aussicht auf ein Rettungspaket des IWF entgegen. Und das, obwohl die Sozialausgaben in diesem Jahr auf 326 Milliarden Pfund steigen und innerhalb von fünf Jahren voraussichtlich um weitere 47 Milliarden Pfund steigen werden.

Zusammengenommen deuten diese Entwicklungen darauf hin, dass Europa nicht nur einen konjunkturellen Abschwung erlebt. Die strukturellen Krisen, mit denen diese führenden Volkswirtschaften konfrontiert sind, sind das Ergebnis mehrerer gemeinsamer Faktoren: die [Massen-Einwanderung](#) ungelernter Arbeitskräfte, die den Sozialstaat belastet; die [Bumerang-Sanktionen](#) gegen russische Energieexporte nach Europa; die fortgesetzte [Überweisung](#) von Milliarden Euro an die Ukraine bei gleichzeitiger Ablehnung der Friedensbemühungen von Präsident Trump; und vor allem die Verfolgung einer kostspieligen [Netto-Null-Politik](#), die das UK und die EU in den letzten zwei Jahrzehnten verfolgt haben. Dies hat zu den weltweit höchsten Energie- und Strompreisen geführt.

## **Der Net Zero-Kult**

Nach 50 Jahren [fehlgeschlagener](#) Vorhersagen einer Klimaapokalypse ist das eifrige Streben nach einer Netto-Null-Klimapolitik um jeden Preis in der EU und in UK zur „Rettung des Planeten“ eine eigentümliche Form des wirtschaftlichen [Selbstmords](#). Das europäische Nachkriegswunder basierte auf billigen und reichlich vorhandenen fossilen Brennstoffen, Kernkraft und pragmatischer Wirtschaftsführung. Diese Grundlage wird nun im Namen der Bekämpfung des Klimawandels abgebaut.

Die Subventionen für Wind- und Solarenergie haben [astronomische](#) Höhen erreicht, doch diese intermittierenden Energiequellen können nicht die von Industrie und Haushalten benötigte Grundlast-Stromversorgung liefern. Die Kernenergie, einst ein Symbol der Modernität, wurde durch Regulierung behindert oder ganz abgeschafft. Erdgaslieferungen zur Ergänzung der schwindenden Nordsee-Produktion wurden einst zuverlässig

aus Russland importiert. Sie wurden durch Sanktionen und geopolitische Überheblichkeit unterbrochen, obwohl die EU nach wie vor der größte **Importeur** von russischem Flüssigerdgas ist. Die **Sabotage** der Nord Stream-Gaspipeline signalisierte das Ende des billigen russischen Erdgases, das dazu beigetragen hatte, die Grundlagen für den wirtschaftlichen Wohlstand Europas in der Nachkriegszeit zu legen.

Das Ergebnis ist vorhersehbar: Deindustrialisierung, explodierende Stromrechnungen und sinkender Lebensstandard. Deutschlands viel gepriesene Mittelstandsunternehmen – mittelständische Hersteller, die lange Zeit das Rückgrat seines Exportmodells bildeten – **verlagern** ihre Produktion ins Ausland. Energieintensive Industrien in **Frankreich** und **Großbritannien** schließen ihre Pforten. Haushalte, die bereits unter Inflation und stagnierenden Löhnen leiden, sollen die Kosten für Wärmepumpen-Vorgaben, Verbote für Benzin- und Dieselautos und immer höhere Energiesteuern tragen.

Dies ist keine Energiewende. Es handelt sich um einen Rückschritt im Energiebereich – einen Versuch, hochentwickelte Industriegesellschaften auf Technologien umzustellen, die nicht die für das Wirtschaftswachstum erforderliche Zuverlässigkeit und Erschwinglichkeit bieten können. Die von Brüssel, Berlin, Paris und London auferlegten Klimamaßnahmen laufen auf ein umfassendes System der zentralen Planwirtschaft und einer präskriptiven Industriepolitik hinaus. Die Geschichte – und Friedrich von Hayek in seinem **Buch** „Der Weg zur Knechtschaft“ – haben gezeigt, dass Planwirtschaft, ob „grün“ oder nicht, nicht zu Fortschritt, sondern zu Knappheit, Ineffizienz und Niedergang führt.

## **Der Wohlfahrtsstaat kollidiert mit grüner Ideologie**

Die Lage Europas wird durch den gleichzeitigen Ausbau des Sozialstaats noch verschärft. In Deutschland machen die staatlichen Renten bereits 10 bis 15 % des BIP aus, verglichen mit etwas mehr als 5 % in UK. Großbritannien hingegen ächzt unter den Kosten für Behindertenleistungen, die in den nächsten sechs Jahren um 56 % **steigen** sollen. Frankreich gibt fast 60 % seiner **Wirtschaftsleistung** für öffentliche Programme aus.

In normalen Zeiten wären solche Ausgaben vielleicht tragbar, wenn sie durch starkes Wachstum gestützt würden. Aber dies sind keine normalen Zeiten. Indem sie ihre eigene industrielle Basis zum Erreichen eines Netto Null-Zieles bewusst untergraben, zerstören die europäischen Regierungen genau den Wohlstand, mit dem sie ihre großzügigen Sozialversprechen finanzieren könnten. Das ist fiskalischer und energetischer Masochismus.

Und dennoch, angesichts dieser Realität, verdoppelt die politische Klasse Europas ihren Einsatz. Forderungen nach Reformen werden nicht mit Pragmatismus, sondern mit ideologischem Eifer beantwortet. Frankreich spielt mit dem Gedanken, einige Feiertage zu streichen, während seine

Schulden außer Kontrolle geraten. Deutschland debattiert über bescheidene Anpassungen der Sozialleistungen, nachdem es seine letzten Kernkraftwerke stillgelegt hat. In seiner Torheit der „Klimaführerschaft“ predigt Großbritannien der Welt über Klimatugend, während sein verarbeitendes Gewerbe zusammenbricht.

Was diese Tragödie besonders deutlich macht, ist die wachsende Kluft zwischen den herrschenden Eliten und ihren Bürgern. Umfragen zeigen, dass die einfachen Europäer zunehmend skeptisch gegenüber Masseneinwanderung, endloser finanzieller und militärischer Hilfe für die Ukraine und kostspieligen Klimavorgaben sind. Dennoch drängt die politische Elite weiter voran, gefangen in einer selbst auferlegten ideologischen Zwangsjacke.

Frankreich, Deutschland und Großbritannien stellen Milliardenhilfen für die Ukraine bereit, obwohl die Streitkräfte dieses Landes unaufhaltsam vernichtet werden. Die Migrationsströme, die größtenteils aus gering qualifizierten jungen Männern bestehen, die wahrscheinlich keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten werden, halten unvermindert an. Vor allem aber bleiben die Netto-Null-Klimaziele unantastbar. Politiker diskutieren nicht darüber, ob Netto-Null angestrebt werden sollte, sondern nur darüber, wie schnell und wie streng es durchgesetzt werden muss.

In diesem Sinne ist die Lage Europas nicht nur wirtschaftlich, sondern auch zivilisatorisch bedrohlich. **Was für ein trauriges Ende für einen einst so großartigen Teil des eurasischen Kontinents, der weniger als 4 % der Landfläche der Erde einnimmt, in dem im 16. und 17. Jahrhundert die großen wissenschaftlichen und industriellen Revolutionen stattfanden und der ein halbes Jahrtausend lang die Welt dominierte. Seine Führer haben sich dafür entschieden, abstrakten Idealen Vorrang vor konkretem Wohlstand zu geben. Sie streben nach ideologischer Reinheit und opfern dabei die Interessen ihrer eigenen Bürger.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

## **Die Welt dreht sich weiter**

Unterdessen schlägt der Rest der Welt einen anderen Kurs ein. Der BRICS+-Block – angeführt von China, Indien und Russland – investiert ohne Umschweife in fossile Brennstoffe, industrielles Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung. Diese Länder opfern ihren Wohlstand nicht auf dem Altar der Klimapolitik. Sie erweitern den Zugang zu Energie, bauen neue Infrastruktur auf und verbessern den Lebensstandard. Während sie Lippenbekenntnisse zu politischen „Verpflichtungen“ im Einklang mit dem Pariser Abkommen der Vereinten Nationen abgeben, um im Gegenzug Klima-Finanzhilfen zu erhalten, konzentrieren sich die BRICS+-Staaten und andere Entwicklungsländer weitgehend darauf, ein robustes Wirtschaftswachstum sicherzustellen und die Wünsche ihrer Bürger nach einem besseren Lebensstandard zu erfüllen.



Selbst in den Vereinigten Staaten zeigt die Wiederwahl von Donald Trump für eine zweite Amtszeit, wie wichtig Energiesicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit sind. ExxonMobil, das sich wegen westlicher Sanktionen aus Russland verabschiedet hat, hat kürzlich geheime **Gespräche** mit Rosneft geführt, um wieder in gemeinsame Öl- und Gasprojekte im russischen Fernen Osten einzusteigen. Günstige und leicht zugängliche Energie aus fossilen Brennstoffen ist in der realen Welt immer noch der Grundstein für Geopolitik und Wohlstand. Und doch verliert Europa, einst an der Spitze der globalen Industrie, zunehmend an Bedeutung – es wird zu einem geopolitischen Schwarzen Loch am Rande der Weltwirtschaft.

Die Degradierung Europas zum Vasallenstaat wurde **deutlich**, als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs nach dem Trump-Putin-Gipfel in Alaska wie unartige Schulkinder in Washington DC versammelten. Der französische Geopolitik-Analyst Arnaud Bertrand **bemerkte**, dass der Ausschluss Europas von den Verhandlungen über die Zukunft des Kontinents „einen der demütigendsten Momente in der europäischen Diplomatiegeschichte darstellt“. In einer bemerkenswerten Wendung des politischen Karmas bezeichnete Bertrand dies als Europas „koloniales Moment“.

## **Der Weg in den Ruin – oder Reformen**

Der derzeitige Kurs Europas ist nicht nachhaltig. Die Anleihemärkte und die Kosten für die Staatsverschuldung werden letztendlich Disziplin durchsetzen, wo der politische Wille versagt hat. Bereits jetzt haben die **Renditen** französischer Staatsanleihen diejenigen Griechenlands und Portugals übertroffen. Die deutsche Schuldenbremse, einst ein Symbol für Umsicht, wird nun offen missachtet. UK steht vor einer Rückkehr unter die Aufsicht des IWF.

Reformen sind möglich, aber sie erfordern Mut und Überzeugung: die Aufgabe unrealistischer Netto-Null-Fristen, die Nutzung zuverlässiger Energiequellen wie Kernkraft und fossiler Brennstoffe, die Eindämmung ausufernder Sozialleistungen und die Wiederherstellung der Priorität nationaler Interessen gegenüber ideologischen Kreuzzügen. Kurz gesagt: Europa muss zu dem Realismus zurückkehren, der einst seinen Wohlstand begründet hat.

Wenn man jedoch von der jüngsten Geschichte ausgeht, ist eine Reform unwahrscheinlich. Die politische Klasse Europas ist der **Klima-Eschatologie** verfallen. Ihre Institutionen sind darauf ausgelegt, den neoliberalen Konsens aufrechtzuerhalten, anstatt Veränderungen zu fördern. Die Wählerschaft in der EU und Großbritannien ist unruhig und wendet sich zunehmend populistisch-nationalistischen Parteien zu – der Alternative für Deutschland (AfD), dem Rassemblement National in Frankreich und UK Reform –, die politische Prioritäten vertreten, die den Anliegen der Bürger besser entsprechen. Strafbende „grüne“ Politik, permissive Masseneinwanderung und die fortgesetzte Unterstützung des

Kriege in der Ukraine, obwohl die Mehrheit der Ukrainer ein Friedensabkommen [befürwortet](#), scheinen für die herrschenden Eliten in Europa und UK nicht verhandelbare Themen zu sein.

In Fragen der Energie und Umwelt besteht die Tragödie nicht nur darin, dass Europa untergeht, sondern auch darin, dass seine Führer entschlossen sind, ihr eigenes Volk ertrinken zu lassen – sie singen Lobeshymnen auf die Netto-Null, während das Wasser über ihnen zusammenschlägt.

*This article was first published in [The Daily Sceptic](#).*

**Author: Tilak Doshi** is a PhD economist with a focus on energy and environment policy issues. He is the energy editor at the Daily Sceptic and lives in London. Tilak's Substack is a reader-supported publication. To receive new posts and support my work, consider becoming a free or paid subscriber.

Link:

<https://clintel.org/the-end-of-europes-welfare-state-net-zero-debt-and-decline/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## Die Klimapolitik ist ein Intelligenztest. Wer zweifelt, spendet.

geschrieben von AR Göhring | 9. September 2025